



Ich wünschte, ich könnte meine Regierung abtreiben - so wurde in Berlin im Zeichen des roten Blitzes gegen eine Verschärfung des Abtreibungsverbots in Polen protestiert.

FOTO: PAUL ZINKEN



Rund 100 000 Menschen gingen in Warschau auf die Straßen, um gegen die Verschärfung des Abtreibungsverbots in Polen zu demonstrieren.

FOTO: LESZEK SZYMANSKI

Weiblicher Blitz erschüttert Polen

Eine riesige Demonstrationbewegung hat Polen im Zeichen eines zornigen roten Blitzes seit Tagen fest im Griff, Frauen in ganz Europa solidarisieren sich. Es geht um ein vom polnischen Verfassungsgericht verfürgtes nahezu komplettes Abtreibungsverbot. Unsere Reporterin Natalie Meinert reiste zu unseren Nachbarn, um Hintergründe zu recherchieren.

Es nieselt im polnischen Wroclaw, eigentlich perfektes Wetter zum Zuhause bleiben, mal ganz unabhängig von den strikten Corona-Einschränkungen in Polen. Noch einmal verschärft, so mutmaßen hier einige, wegen der Proteste. Und dennoch: Mehrere Zehntausend demonstrieren an diesem Freitagabend mit selbstbemalten Pappschildern in der Großstadt, die früher Breslau hieß. Es sind mehr Frauen als Männer, mehr Junge als Alte. Die Demonstration folgt keiner Route, scheinbar wahllos geht es 3,5 Stunden hin und her. Immer wieder gellen Sprechchöre aus der Menge. Der häufigste Ruf ist „Revolucja jest Kobieta“ (die Revolution ist eine Frau). Aber es geht auch wütender: „Jebac PiS“, echot es zwischen den prachtvollen Altbauten in der Altstadt. „Fick PiS.“ Und überall der rote Blitz: Auf dem Mundschutz, auf T-Shirts, in Fensterscheiben. Der Blitz ist das Symbol dafür, wie elektrisiert die Menschen sind. Und er steht für den Zorn auf PiS.

PiS (Prawo i Sprawiedliwosc, übersetzt „Recht und Gerechtigkeit“), das ist die regierende Partei, die am 22. Oktober zum Feindbild vieler Polinnen geworden ist. An diesem Donnerstag hatte der

Verfassungsgerichtshof verkündet, dass Abtreibung sogar im Falle von schweren Missbildungen des Fötus illegal wird. Und auch in dem Fall, dass das Baby sterben wird, sobald es auf der Welt ist. 98 Prozent der rund 1000 offiziell gezählten Abtreibungen pro Jahr fielen in Polen bisher in diese Kategorie.

Der Beschluss kommt also quasi einem nahezu ausnahmslosen Abtreibungsverbot gleich. Legal sind sie aktuell nur noch, wenn das Leben der Frau in Gefahr ist oder sie durch Vergewaltigung oder Inzest schwanger geworden ist. Und das in Polen, das 1932 als zweites Land der Welt – Vorreiter war die Sowjetunion – Abtreibungen unter gewissen Umständen legalisiert hat.

Rigide Beschränkungen von Abbrüchen waren schon immer PiS-Programm

Der Verfassungsgerichtshof wird seit 2015, nach der Berufung mehrerer PiS-treuer Richter, von zahlreichen Kritikern nicht mehr als neutrales Organ gesehen. Geplant hatte die nationalkonservative Partei unter Chef Jaroslaw Kaczynski die rigiden Abtreibungsregeln schon seit Jahren. „Bereits 2016 sollte das Abtreibungsverbot verschärft werden, aber wir

Frauen haben damals erfolgreich dagegen protestiert“, sagt Marta Stozek. Die

Wroclawer Politikerin der sozialdemokratischen Partei Lewica Razem („Linke Gemeinsam“) engagiert sich seit Jahren auch in der Organisation Ogolnopolski Strajk Kobiety (Allpolnischer Frauen-Streik), die treibender Motor hinter den Demos ist.

„Wir kämpfen dafür, dass die Regierung anerkennt, dass Frauen ebenfalls Menschen mit Rechten sind“, sagt sie. PiS habe mit diesem gesteuerten Gerichtsbescheid das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Bevölkerung ist laut Stozek schon wütend genug, weil PiS sie durch fehlende Maßnahmen nicht genügend vor der Corona-Pandemie geschützt habe. „Und nun ist der zweite Lockdown da. Wir befinden uns im

Zentrum des Zyklons.“ Sie ist überzeugt: PiS hat Angst. Vor der eigenen Bevölkerung, und besonders vor dem Zorn der Frauen.

Kein Wunder: Seit dem Gerichtsbeschluss demonstrieren Frauen landesweit ohne Unterlass. Bisheriger Höhepunkt waren die Demonstrationen am Freitagabend in Warschau, bei denen geschätzt 100 000 Menschen waren. Farmer aus der Umgebung von Gdansk haben mit Traktoren demonstriert, Gruben-Kumpel solidarisierten sich, das ganze Land scheint in Aufruhr.

Regierung sieht bei den Protesten „Hinweise auf Satanismus“

Das ganze Land ist es allerdings nicht. Einer Umfrage des Marktforschungsunternehmens Kantar zufolge sind 46 Prozent der polnischen Frauen gegen die Proteste, 41 Prozent sind es unter den Männern. Vielleicht auch, weil nach dem Gerichtsurteil sogar Kirchen gestürmt und vereinzelt mit Graffiti besprüht worden sind. In Polen, in dem 95 Prozent der Bevölkerung katholisch sind, ein Tabu-Brech. Das polnische Staatsfernsehen berichtete entsprechend: „Linker Faschismus zerstört Polen“, hieß es in den Abendnachrichten, der rote Blitz, das Symbol der Demonstrationen, wird von einigen PiS-Politikern mit SS-Runen verglichen. Es gebe bei den Protesten „Hinweise für Satanismus“, meinte der Bildungsminister.

Rechtsextremisten, durch solche Äußerungen aufgestachelt und sich dazu legitimiert fühlend, halten unterdessen Wache vor Kirchen und greifen einzelne Demonstrantinnen und Demonstranten in Seitenstraßen an. Der stellvertretende Justizminister droht derweil mit bis zu acht Jahren Haft für Organisatoren und Organisatorinnen von „illegalen Zusammenkünften“ in Corona-Zeiten. Die täglichen Neuinfektionsraten haben mittlerweile die 20 000 überschritten, zuletzt wurden an einem einzigen Tag über 300 Corona-Tote gemeldet.

Die Friedhöfe blieben deshalb am 1. November, dem für die Polen wichtigen Feiertag Allerheiligen, geschlossen. Aber immer noch treffen sich Demonstrantinnen abends zu Tausenden in den Straßen – mit strenger, selbst verordneter Maskenpflicht zwar, aber sie marschieren. Und immer mehr Masken zielt der rote Blitz.

„Manchmal nutzen die Demonstrantinnen extreme Methoden oder unschöne Sprache, das gefällt mir auch nicht“, sagt Lidia Hirnle (64). Die Gynäkologin und Professorin an der Medizinischen Fakultät in Wroclaw steht trotzdem hinter den Protesten. „Wir Gynäkologen sind die Ersten, die den Schmerz und das Leid der schwangeren Frauen sehen,

wenn wir ihnen die Fehlentwicklungen des Fötus‘ mitteilen.“

Schon früher habe es Abtreibungstourismus ins Ausland gegeben, sie nennt Deutschland und Tschechien als Beispiele. Die meisten ihrer Kollegen und Kolleginnen wären gegen dieses De-facto-Abtreibungsverbot, darunter auch die Polnischen Gesellschaft der Gynäkologen und Geburtshelfer.

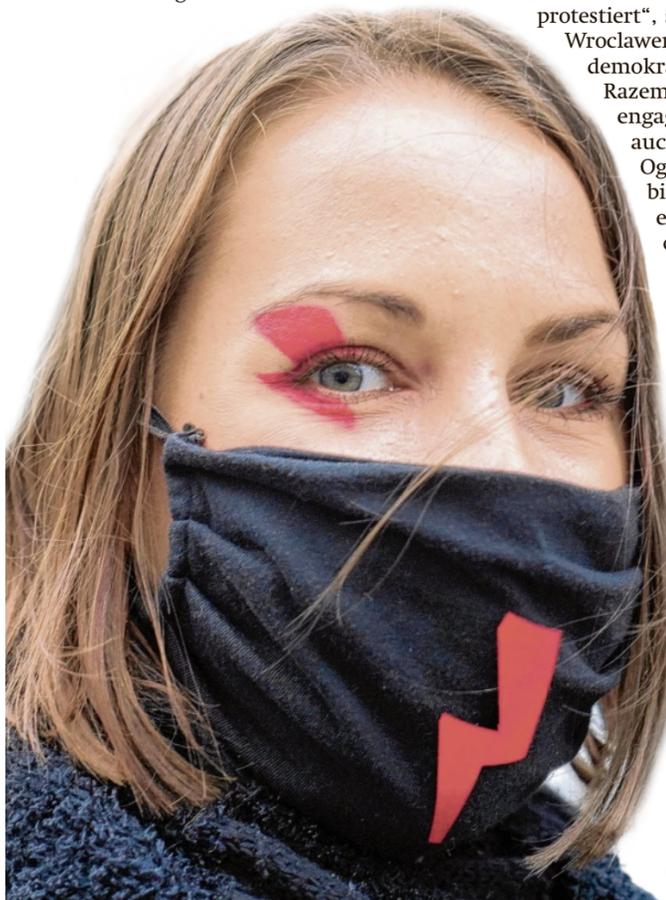
PiS-Parteichef Kaczynski forderte derweil in einer offiziellen Ansprache nach Beginn der Proteste die Bevölkerung dazu auf, „Kirchen, Polen und Patriotismus“ gegen die Demonstrationen zu verteidigen. Drei Tage später lässt er sogar Militär in den Straßen Warschaws aufmarschieren. Für viele ein Ausnahmezustand, der so zuletzt 1981 ausgerufen wurde, als die freie Gewerkschaft Solidarnosc zerschlagen werden sollte.

Rätselraten über die Rechtskraft des Abtreibungs-Urteils

Unklar in der aufgeheizten Lage ist aktuell allerdings, ob der Spruch des Verfassungsgerichts überhaupt schon greift. Ein Sprecher des Obersten Gerichts in Warschau sagte dem Nordkurier: „Spätestens am Montag, den 2. November, soll es im Gesetzesblatt der Polnischen Republik, dem Dziennik Ustaw, veröffentlicht werden.“ Dort werde dann durch die Veröffentlichung der Beschluss offiziell.

So steht es zumindest in der polnischen Verfassung: Nur die im Amtsblatt oder im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakte sind demnach rechtsgültig. Heißt das also, dass das De-facto-Abtreibungsverbot des Verfassungsgerichtshofes noch gar nicht gilt? „Das ist eine komplexe Frage. Natürlich gilt es eigentlich seit dem Gerichtsbeschluss. Doch wegen des Zusatzes in der Verfassung argumentieren einige, dass es noch nicht greift. Ich kann Ihnen diese Frage leider auch nicht klar beantworten.“

Nicht die einzige offene Frage: Die linke Politikerin Marta Stozek glaubt zum Beispiel nicht, dass das Gesetzesblatt heute erscheint. „Normalerweise dauert es nach einem Gerichtsbeschluss nur wenige Stunden, bis das Gesetzesblatt veröffentlicht wird.“ Sie kann sich vorstellen, dass die Veröffentlichung weiter verzögert wird. Und tatsächlich gibt es inzwischen eine Initiative von Polens Präsident Duda. Der kündigte am Freitag an, dass ein neues Gesetz denkbar wäre, das Abtreibungen zulässt, wenn das Kind nach der Geburt nicht lebensfähig wäre. Dieser als Kompromiss bemäntelte Vorschlag, die bis dato schon beispiellos rigiden Abtreibungsbestimmungen weiter zu verschärfen, dürfte die Lage allerdings nicht befriedigen. Marta Stozek: „Jeder weiß, dass es PiS wieder versuchen wird. Die Regierung soll zurücktreten. Wir wollen Neuwahlen.“ Für sie deuten alle Signale auf eine Revolution.



Überall in Polen: Der rote Blitz als Zeichen des Zorns gegen eine Regierung, die Frauen das Recht auf Selbstbestimmung nimmt.

FOTO: JANEK SKARZYNSKI